

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 58 (1971)
Heft: 21: Moderner Mathematikunterricht

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Oberstufe der Volksschule sind auf die Bedürfnisse der Knaben zugeschnitten, stellte KSO-Präsident Fritz Römer (Niederweningen) zu Beginn der Tagung fest. Dieser Tatsache gegenüber stehen die Folgerungen aus der Prospektivstudie von Prof. Kneschaurek, wonach eine bessere Bildung für die Frau im allgemeinen und eine bessere Berufsbildung im besonderen schon heute und erst recht für die Zukunft zu fordern ist. Regierungsrat Dr. Walter Gut, der Willkommgrüße der Luzerner Regierung überbrachte, gab seiner Freude Ausdruck, daß sich die KSO mit den wichtigen Fragen der modernen Mädchenbildung auseinandersetzt.

Heutige Situation unbefriedigend

In ihrem Grundsatzvortrag gab Prof. Margrit Erni zuerst einen geschichtlichen Überblick über den langen und mühsamen Weg der Mädchenbildung von der Antike bis heute. Eine Welt von Vorurteilen mußte überwunden werden, bis man anfangs, die Frau als Persönlichkeit auch außerhalb der Familie ernst zu nehmen. Die heutige Situation kann jedoch noch nicht befriedigen: Obschon in jüngster Zeit mehr Töchter die Mittelschule besuchen, sind die Lehrverträge von weiblichen Jugendlichen z. B. zwischen den Jahren 1965 und 1970 nur um 0,4 % (Knaben 1,2 %) angestiegen, und die Lehrtöchter machen nicht einmal die Hälfte der Lehrlinge aus. Die Lehrabschlußzahlen zeigen bei den Mädchen in der gleichen Zeit sogar eine rückläufige Tendenz. Gründe für diese zwiespältige Tatsache sind die allgemeine Lebensunruhe der heutigen Zeit, die Hochkonjunktur, die zu Schnellleichen-Lösungen verleitet, die geschlechtliche Frühreife, die mangelnde Geborgenheit in mancher Familie und oft auch eine egoistische Fehlhaltung der Eltern.

Möglichkeiten für die Schule

Die Schule hat nun aber die Möglichkeit, bei der Mitgestaltung eines modernen Frauenbildes zu helfen, ein gesundes Selbstbewußtsein zu fördern und auf die geschlechtsspezifischen Interessen und Eigenarten der Mädchen einzugehen. Lebenskunde und die Vorbereitung auf die moderne Arbeitswelt müssen den ganzen Unterricht durchziehen. Zusätzlich können Lehrerinnen und Lehrer im Volk zu einer positiven Meinungsbildung gegenüber einer modernen Mädchenbildung viel beitragen. Als künftige Aufgaben sieht Prof. Erni eine Neugestaltung der Bildungspläne für Mädchen auf allen Stufen der Volksschule, so daß wirkliche Chancengleichheit zwischen Knaben und Mädchen besteht. Technisches Zeichnen, Geometrie, Physik und Chemie gehören auch im selben Maß wie für die Knaben in den Mädchenstundenplan. Kompromisse werden unvermeidlich sein hinsichtlich Handarbeit und Hauswirtschaft. Weiterführende Schulen, die die obligatorischen

Oberstufenklassen voraussetzen, sind vermehrt auszubauen. Analog der Rekrutenschule sollte für die Mädchen der gleichen Altersstufe ein größeres hauswirtschaftliches Obligatorium geschaffen werden, verbunden mit der zusätzlichen Wahlmöglichkeit zwischen dem Frauenhilfsdienst, Zivildienst oder Sozialdienst.

Schwergewicht Persönlichkeitsbildung

Die Ergebnisse der vor wenigen Jahren vom Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) durchgeführten Erhebung über die Bildungspläne der Volksschule weisen den Weg zu einer besseren schulischen Vorbereitung der Mädchen, nicht nur im Hinblick auf den Beruf, sondern auch auf die spätere verantwortliche Stellung in Familie, Gemeinde und Staat. Dies stellte die Geschäftsführerin des BSF, Hanni Guggel (Zürich), fest. Die Überprüfung der Bildungspläne zeigt eindeutig wesentliche Unterschiede zwischen Knaben und Mädchen, wobei die Mädchen in der Allgemeinbildung und in den für die Berufsbildung wichtigsten Fächern benachteiligt sind. Eine baldige Anpassung ist daher nötig. Die Präsidentin des Schweizerischen Handarbeitslehrerinnenvereins, Theres Gutzwiller (Therwil), betrachtet den Handarbeitsunterricht als integrierenden Teilbereich der Mädchenbildung. Nach ihr gibt es keinen Handarbeitsunterricht, der das Gesamtziel der Ausbildung aus den Augen läßt, aber auch keine Mädchenbildung ohne Handarbeit. Annemarie Schmid, Präsidentin der Kommission «Mädchenbildung» der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (Luzern), sieht — wie immer wieder festgestellt wird — keine eigentliche «Doppelaufgabe» für die Frau (Berufstätigkeit — Hausfrauenarbeit), denn sonst müßte auch von einer Doppelaufgabe des Mannes (Berufsarbeit — Hausvorstand) gesprochen werden. Sie verlangt von der Volksschuloberstufe, daß diese die Mädchen mit den möglichen Lebensphasen bekannt macht, Vor- und Nachteile, Schwierigkeiten und Probleme aufzeigt und diskutiert. Der Erziehung zur Partnerschaft muß mehr Gewicht gegeben werden. Eine hauswirtschaftliche Schulung in den Jahren zwischen 17 und 20, verbunden mit einem Sozialdienst, hätte eine nachhaltige Wirkung. Die Wichtigkeit der Persönlichkeitserziehung und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung stellte Rita Baur, städtische Berufsberaterin (Zürich), in den Mittelpunkt ihrer Gedanken. Doch kann die Schule nicht alles ausrichten, das Elternhaus spielt eine wichtige Rolle. Von dort sollte in erster Linie die Vorbereitung auf die fraulichen Aufgaben kommen, indem das Mädchen lernt, sich als Frau zu akzeptieren.

Diskussion kann beginnen

Durch die Konfrontation mit den zum Teil recht 846

pointiert vorgetragenen Postulaten der Referentinnen und der Abgabe einer reichhaltigen Dokumentationsmappe hat die Konferenz Schweizerischer Oberstufen die Möglichkeit geschaffen, daß unter der Lehrerschaft unseres Landes eine aufbauende Diskussion beginnen kann. Wenn man voraussetzt, daß Mann und Frau gleichwertig — wenn auch glücklicherweise nicht gleichartig! — sind, ist die Schule verpflichtet, Knaben und Mädchen im Hinblick auf eine zukünftige aktive Partnerschaft in Familie, Beruf und allen übrigen Lebenskreisen vorzubereiten.

Zu den neuen Aufsatztests der IMK *

Wohl in keiner Sparte der Schülerbeurteilung besitzt der Satz «**ein Test ist kein Test**» mehr Gültigkeit als bei der Aufsatzbeurteilung. Der freie sprachliche Ausdruck des Schülers hängt ja wie alle schöpferische Arbeit sehr stark ab von der sogenannten Tagesform, also seinem Wohlbefinden, von seiner Lust oder Unlust der Testaufgabe gegenüber, ferner von der grundlegenden Sprachpflege in Schule und Elternhaus, aber auch von seiner Einstellung gegenüber dem Lehrer, der den Aufsatz lesen wird. Freier sprachlicher Ausdruck ist stets auch ein Zeugnis des Vertrauens eines Schülers seinem Lehrer gegenüber. Spürt der Schüler anstelle von Wohlwollen nur spöttische Kritik, werden seine Aufsätze allmählich Fischteichen gleich, deren Fische in alle Schlupfwinkel verschwunden sind.

Viele Bemühungen um zuverlässige Aufsatztests sind an subjektiven Einstellungen gescheitert. Meinungen über Sprachrichtigkeit und stilistisches Können, an der Hochschule geprägt, wirken in die Mittelschule und Volksschule hinein, werden dann und wann mit starken Akzenten am falschen Ort belastet, und was vor 20 Jahren möglicherweise gut war, ist heute nur noch befriedigend, morgen vielleicht ausgezeichnet.

Unter solchen Aspekten müssen auch die beiden Tests der IMK, IV/A Bildbeschreibung und IV/B Bildergeschichte mit aller Reserve betrachtet werden. Wer beide Tests mit seiner Klasse durchführt, wird rasch erkennen, daß jede Testaufgabe den Schüler von einer ganz anderen Seite anspricht. Eine Übereinstimmung mit der Jahresnote des Lehrers im Aufsatz würde dann am besten sichtbar, wenn die Punktzahlen beider Tests addiert, mit der Rangliste der Klasse verglichen würde.

Sicher ist, daß das von der IMK gewählte Bewertungssystem die Grundlage für eine sorgfältige Aufsatzanalyse bildet, womit der Lehrer in jedem einzelnen Fall die wirklichen Schwächen im sprachlichen Ausdruck herausfindet und deshalb seine Hilfe ganz gezielt einsetzen kann. Bei der individuellen Elternberatung kann er fortan auf vage Angaben verzichten und bestimmte

Übungen empfehlen. Die große Streuung zwischen 0 und 140 Punkten läßt eine feinere Differenzierung der Notenskala zu.

Wir empfehlen diese Tests nicht nur Junglehrern, die sich noch etwas orientieren müssen, sondern auch jenen Routiniers, die sich angewöhnt haben, innert kürzester Zeit eine Note unter eine Arbeit zu setzen.

Aus den Eichungsstäben der drei Klassen der Mittelstufe geht hervor, daß sich die beiden Tests vor allem für die Schüler des 6. und des 5. Schuljahres eignen. Von einer Verwendung im 4. Schuljahr möchten wir abraten, weil aus der Eichung der Tests eindeutig hervorgeht, daß die sprachliche Entwicklung in den beiden folgenden Jahren auch viele Schüler erfaßt, die bis zur 4. Klasse scheinbar zurückgeblieben sind. eb

* 1. Nachtrag zur IMK-Prüfungsreihe, erhältlich ab Mitte Oktober 1971. Herausgeber: IMK Interkant. Mittelstufenkonferenz. Verlag: Franz Schubiger, Mattenbachstraße 2, 8400 Winterthur (siehe Inserat).

Berufsausbildungskongreß des Werkbundes

Mit einem Gespräch über den «Einbau der Berufsbildung in die Gesamtschule» ging am Samstagabend in Bern die zweite Woche des *Berufsbildungskongresses des Schweizerischen Werkbundes* (SWB) zu Ende. Die fast dreistündige Debatte ergab, daß sich die Gesamtschule bereits in vielen Ländern etabliert und bewährt hat.

Der Befund, daß ungefähr die Hälfte aller Jugendlichen einseitig intellektuell oder manuell begabt ist, während die restliche Hälfte gleichermaßen intellektuelle und handwerkliche Begabungen aufweist, rechtfertigt die strenge und frühe Spaltung unseres Bildungswesens in schulische und berufliche Ausbildung nicht. Vielmehr müßten *Berufs- und Mittelschulen als Gesamtschule in ein einziges Bildungssystem* integriert werden. Nur so könne die soziale Sterilität unserer Gesellschaft überwunden werden. Als anzustrebender Kompromiß wurde für den «Plan Käser» plädiert, welcher am vergangenen Dienstag Verhandlungsgegenstand war. Der Plan Käser fordert die Trennung der Berufsbildung in zwei Phasen: In einer ersten Phase soll dem Lehrling eine Grundausbildung ohne produktive Arbeitsleistung vermittelt werden. Diese Stufe ließe sich in ein erweitertes Volksschulwesen integrieren (Gesamtschule). Erst in einer zweiten Phase sollten mit einem Berufspraktikum die manuellen Kenntnisse vermittelt werden. Der Jugendliche wählt für das Praktikum jenen Betrieb, der ihm die produktionsgerechte Praxis vermittelt, und wechselt ihn, wenn die Lernmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Der Lehrling bestimmt selber, wann er sich der Abschlußprüfung unterziehen will. Eine solche Ausbildung hätte den Vorteil, daß mehr Allgemein-

bildung vermittelt würde und der Jugendliche früher lernen würde, Verantwortung zu tragen. Daß die Durchsetzung dieses Modells in der Schweiz auf großen Widerstand stoßen dürfte, zeigte sich am Freitag, als Vertreter der *Großfirmen* BBC (Baden), Sandoz (Basel), Schweizerische Kreditanstalt und Wild (Heerbrugg) ihre eigenen *Reformmodelle* propagierten. Die Industrie nehme mit ihren Stufenlehren in optimal ausgestatteten Lehrwerkstätten die Ziele des Käser-Modells bereits voraus. Alle Nachteile der traditionellen Meisterlehre seien bei der Lehrwerkstätte ausgeschaltet. Der Vorwurf, die betriebsinterne Lehrwerkstätte sei nur als zuverlässiges Reservoir für den eigenen Nachwuchs geschaffen worden, wurde mit dem Hinweis zerstreut, die Lehrwerkstätte stelle einen wesentlichen Kostenfaktor dar und sei «aus mitmenschlicher Verantwortung» geboren.

3. Regionalkonferenz der UMEC in Nals

Vom 6. bis 8. Oktober fand in Nals (Südtirol) die 3. Regionalkonferenz der UMEC (Union Mondiale des Enseignants Catholique) statt. An dieser Konferenz nahmen Vertreter aus Italien, Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz teil. Der Katholische Lehrerverein der Schweiz war durch den Präsidenten, Josef Kreienbühl, und Max Feigenwinter vertreten. Erfreulicherweise waren auch der Präsident der UMEC, Jan Poncin (Holland) und der Vicepräsident Friedrich Mittelstädt (Österreich) anwesend.

Da die 2. Regionaltagung letztes Jahr in der Schweiz (Schönbrunn) stattgefunden hatte, war es nach Abmachung an unserm Verband, das Programm für die diesjährige Konferenz zu gestalten.

Vorerst berichteten die Delegierten, was in ihren Verbänden gearbeitet wurde, und was man weiterhin zu tun gedenkt. Höhepunkt der Konferenz war aber eindeutig das Referat unseres Mitarbeiters Dr. Lothar Kaiser «Die Rolle des Lehrers im Wandel». Er hat sehr deutlich aufgezeigt, welche Forderungen an den Lehrer gestellt wurden und werden. (Das Referat wird in der «Schweizer Schule» publiziert.)

Nebst den Arbeitssitzungen war Gelegenheit geboten, einige Teile des Südtirols kennen zu lernen. Die Südtiroler Kollegen zeigten uns ihre schöne Heimat mit einer Herzlichkeit, wie wir sie wohl sonst kaum finden. Auch die vielen Gespräche, die sich in der Freizeit ergaben, waren sehr fruchtbar. Hat man doch einmal mehr Gelegenheit gehabt, die Freuden und Leiden der Schulmeister und Schulvertreter anderer Länder kennen zu lernen.

Die 4. Regionalkonferenz findet nächstes Jahr in München statt. Es wäre wünschenswert, wenn die Teilnehmer der nächsten Regionalkonferenz

schon im voraus Arbeitsunterlagen erhielten, um sich gründlich auf die Konferenz vorbereiten zu können. Auf diese Weise wäre es möglich, die Probleme zielstrebig in Kleingruppen zu behandeln und die Ergebnisse anschließend der Gesamtkonferenz zu unterbreiten. *Max Feigenwinter*

Gründung des Vereins «Jugend und Wirtschaft» in Bern

Bern, 30. 9. 1971 — In Bern wurde heute unter dem Namen «Jugend und Wirtschaft» ein Verein mit Sitz in Zürich gegründet, mit dem Ziel, die Tätigkeit der bisherigen Aktion mit gleichem Namen auf eine breitere Grundlage zu stellen und zu verstärken.

An der Gründungsversammlung nahmen über 40 Personen teil, welche eine bedeutende Zahl von Organisationen der Lehrer, der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, Konsumenten und der Wirtschaft sowie von Unternehmungen vertraten.

Der Verein will den Informationsfluß zwischen der Jugend und der Wirtschaft fördern und dadurch die Kenntnisse der Jugend über wirtschaftliche Tatbestände, Zusammenhänge und Probleme verbessern und so einen Beitrag zur allgemeinen und im besonderen zur staatsbürgerlichen Bildung leisten.

«Jugend und Wirtschaft» wird zu diesem Zwecke u. a. Arbeits- und Studientagungen organisieren, Lehrhilfsmittel herausgeben, die direkten Kontakte zwischen Lehrern aller Stufen und der Wirtschaft fördern sowie andere Mittel und Möglichkeiten zur Intensivierung des Informationsflusses zwischen der Jugend und der Wirtschaft einsetzen.

Die Mitgliedschaft steht natürlichen und juristischen Personen offen.

Der Verein wird geleitet durch ein Kuratorium, in welchem die wichtigsten, an der Vereinstätigkeit interessierten Organisationen vertreten sind, insbesondere der Lehrerschaft, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie der Konsumenten.

Zum ersten Präsidenten wählte die Versammlung Regierungsrat Prof. Dr. Hans Künzi, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich.

Regierungsrat Künzi wies in seiner Ansprache darauf hin, daß das allgemeine Verständnis der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht so hoch entwickelt sei, wie das eigentlich in der direkten Demokratie in unserer Zeit dringend notwendig wäre. Es sei deshalb eine Pflicht der Schule und der wirtschaftlichen Organisationen, gemeinsam der Jugend eine möglichst realistische Vorstellung von der Wirtschaft zu vermitteln, um sie mündig zu machen für die staatsbürgerlichen Entscheidungen und um sie zu befreien vom Gefühl der Machtlosigkeit im wirtschaftlichen Bereich. Er lud alle Organisationen der Sozialpartner wie auch die Wirtschaftsunternehmungen,

die dem Verein noch nicht beigetreten sind, ein, im Verein «Jugend und Wirtschaft» mit dem der großen Aufgabe angemessenen Einsatz mitzuwirken.

Die Aktion «Jugend und Wirtschaft» wurde bereits vor rund 12 Jahren durch R. H. Wüst, Gründer und Delegierter der Zentralstelle für Information und Public Relations, CIPR, ins Leben gerufen und seither durch die Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft «WF» finanziell getragen.

Untersuchung über die Zukunft der katholischen Schulen

Der Bildungsrat der Schweizer Katholiken befaßte sich an seiner letzten Sitzung in Luzern vor allem mit Fragen der Koordination und Planung des katholischen Bildungswesens in der Schweiz und mit dem Problem der Studienfinanzierung.

Der Bildungsrat nahm dabei einen Auftrag des Schweizerischen Fastenopfers entgegen, eine Untersuchung über die Zukunft der katholischen Schulen in der Schweiz durchzuführen, welche die Grundlage für die Mitarbeit der Schweizer Katholiken im Bereich ihrer Schulen in den nächsten 10 bis 20 Jahren liefern soll. Dabei sollen nicht nur die strukturellen, personellen und finanziellen Probleme, sondern auch die grundsätzliche Frage nach der Rolle der Kirche im Schulwesen angegangen werden. In diese Untersuchung sollen alle Schulkategorien vom Kindergarten bis zur Hochschule einbezogen werden, wobei das Schwergewicht jedoch auf den Mittelschulen und Internaten liegen dürfte. (bildung)

Fünftagewoche in der Schule?

Mit 25 zu 11 Stimmen hat die Delegiertenversammlung der CVP Basel-Land beschlossen, für die Einführung der 5-Tagewoche in der Schule eine Initiative zu lancieren. In einer vorausgegangenen Eventualabstimmung war mit 30 gegen 3 Stimmen die Initiative der Einreichung einer Motion im Landrat vorgezogen worden, weil man allen Stimmberechtigten Gelegenheit geben will, sich zu dieser Frage zu äußern. Da ohnehin die Revision des Schulgesetzes bevorsteht, hätte bei einer Motion die Chance bestanden, die Einführung der 5-Tagewoche in die Gesetzesrevision einzubauen. Die Delegierten der CVP wollten jedoch bewußt diese Frage vorab geklärt haben und zudem jedermann Gelegenheit geben, sich zu äußern. Andererseits wird das neue Schulgesetz nicht mit dieser zusätzlichen Frage unnötig belastet.

Für die Ergreifung der Initiative setzten sich neben anderen Schulinspektor Theo Hotz (Binningen) und Erziehungsrat Alois Feigenwinter (Reinach) ein. Sie wiesen auf die Tendenz hin, dem

Menschen wieder mehr Muße zu geben. Der Schulbetrieb, der heute ganz anders durchgeführt werde als vor zehn und zwanzig Jahren, lasse sich ohne weiteres auf fünf Werktage verteilen, wobei erst noch ein freier Nachmittag (bisher zwei) garantiert bleibe. Beispiele — genannt wurde unter anderem die Stadt Biel — zeigten, daß weder Eltern noch Lehrer — von den Schülern gar nicht zu sprechen — nach einer Versuchszeit die Sechstageswoche zurückwünschten.

«wir eltern» — Oktober-Nummer

Gleich in zwei Artikeln der neuesten Nummer dieser Zeitschrift steht die Schule im Mittelpunkt. «Neue Wege in der Kunsterziehung» weist der Künstler und Erzieher Gottfried Tritten, der zu diesem Thema drei sehr interessante Bücher veröffentlicht hat. In einem Interview beantwortet er Fragen, die alle Eltern und Erzieher interessieren, deren echtes Anliegen es ist, die individuellen Fähigkeiten der ihnen anvertrauten Kinder zu fördern. In diesem Rahmen der Gesamterziehung müßte die Kunsterziehung einen wichtigen Platz einnehmen. Gottfried Tritten umschreibt dieses Fach, das frühere «Zeichnen», mit visueller Erziehung, visuellem Denken, auch bildnerischem Gestalten.

Sehr viel wird über die Gesamtschule diskutiert und geschrieben. Hedi Wyß berichtet über eine Gemeinde, die es gewagt hat, einen solchen Schulversuch zu unternehmen. Nachdem die Gesamtschule in Dulliken nun doch schon 1½ Jahre in Betrieb ist, kann die Autorin auch über Erfahrungen und Ergebnisse berichten.

PTA — eine Abkürzung, die in vielen behinderten Menschen frohe Erinnerungen wachruft. PTA, «Pfadfinder trotz allem», heit trotz Behinderung oder Krankheit am Pfadibetrieb mitmachen. «wir eltern» hat ein PTA-Lager besucht und erlebt, was diese ganz besonderen Ferien für körperbehinderte Mädchen bedeuten. Was andererseits das enge Zusammenleben und die Kameradschaft gesunden Pfadfinderinnen an menschlichen Werten vermittelt.

Die zusätzliche Beilage zum Heft enthält ein Schnittmuster für einen praktischen und gleichzeitig sehr modischen Kosakendreß für Buben und Mädchen. Der Schnitt in drei Größen paßt für 4- bis 10jährige, der Stoff dazu kann mit einem Bon sehr günstig direkt bezogen werden.

Warum nicht klein schreiben?

Eine Konferenz bekannter Germanisten, Soziologen und Psychologen hat sich Ende März in Wien erneut für eine vernünftige Reform der deutschen Rechtschreibung ausgesprochen. «Im Vordergrund steht nach wie vor die Einführung der Kleinschreibung der Substantive.»

Mehr können die Fachleute leider nicht tun. Sie haben den Ball wieder den Regierungen zugespielt. Staatliche Kommissionen sollten über die Vorschläge befinden und ihre Verwirklichung vorbereiten. In Deutschland besteht zu diesem Zweck ein offizieller «Arbeitskreis für Rechtsschreibregelung», in Österreich eine «Kommission für die Orthografiereform». Von deutscher und österreichischer Seite ist nun der schweizerische Bundesrat ersucht worden, als Gesprächs- und Verhandlungspartner ebenfalls (wie schon vor 1963) eine solche Kommission einzusetzen.

Lehrermangel in Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland fehlen zur Zeit über 90 000 Lehrer. Allein an den Grund- und Hauptschulen sind rund 60 000 Stellen unbesetzt. Dieser gravierende Lehrermangel ist mit der angespannten Finanzlage des Bundes und den Differenzen zwischen Ländern und Bund einer der Hauptgründe, daß es um die hochgesteckten Pläne der deutschen Bildungspolitik in den letzten Monaten ruhiger geworden ist. (bildung)

Seminaristen-Mitspracherecht im Thurgau

(upi) Um der Forderung nach vertiefter Lehrerbildung zu genügen, legt der Thurgauer Regierungsrat dem Großen Rat einen Entwurf für ein neues Gesetz über die Ausbildung der Primarlehrer vor. Die Ausbildung wird von vier auf fünf Jahre verlängert. Die Zunahme gegenüber der jetzigen Regelung beträgt aber nur acht Monate, da für die militärpflichtigen Seminaristen die Rekrutenschule und für die andern ein Sozialdienst in die Ausbildungszeit integriert sind. Die Lehrerfortbildung soll als systematische Ergänzung zur Grundausbildung institutionalisiert werden. Der Große Rat soll die Kompetenz erhalten, im Hinterthurgau ein Zweigseminar zu beschließen. Auch sollen die Umschulungskurse für erwachsene Berufsleute gesetzlich verankert werden.

Im weitem soll die Schülerselbstverwaltung rechtlich sanktioniert werden. Der Konvent soll nicht mehr wie bisher nur aus Hauptlehrern bestehen, sondern auch eine angemessene Vertretung der Hilfslehrer sowie der Schülerschaft enthalten.

Schwedens Lehrer sind unzufrieden

Schweden besitzt eines der modernsten Schulsysteme. Dennoch sind die Lehrer unzufrieden. Da die Unzufriedenheit vieler Lehrer nicht näher zu präzisieren war, befragte der schwedische Lehrerverband 450 Lehrer über ihre Arbeitssituation. Erstaunlich sind die Ergebnisse dieser Umfrage: Kleine Landschulen funktionieren besser

als die Schulen in den Großstädten. Die Hälfte aller Oberstufenlehrer möchten ihre Arbeit wechseln, jedoch nur ein Fünftel der Unterstufenlehrer. Als Gründe für das Scheitern der Lehrer werden hauptsächlich das Unvermögen, die geforderte Gruppenarbeit durchzuführen und die Individualisierung einzuleiten. Die meisten Lehrer können sich nicht genügend dem einzelnen Schüler widmen und vermissen die Unterstützung von Experten. (bildung)

Zeitung als Lehrmittel auch in Schweizer Schulen

(US 9/71) Der Genfer Verein der Zeitungsverleger hat beschlossen, «Die Zeitung in der Schule» als Versuchsprojekt zu starten. Er greift damit auf eine Empfehlung zurück, die die Sektion Information der Schweizerischen UNESCO-Kommission im Frühjahr dieses Jahres ausgesprochen hatte. Dazu heißt es in «UNESCO-Presse», dem Informationsdienst der Schweizerischen UNESCO-Kommission: «Die Kinder unserer Zeit wachsen unter dem Einfluß von Bild und Ton auf. In der Aufnahme und Verarbeitung des stets wechselnden Geschehens bildet die Zeitungslektüre ein nützliches Bindeglied zwischen dem — notwendigerweise — systematischen Schulunterricht und der mehr oder weniger gesamthaften Darstellung durch Radio und Television. Die Methoden in der Verwendung der Zeitung als Lehrmittel müssen natürlich in jedem Fall sehr sorgfältig erwogen und jedem Unterrichtsniveau angepaßt werden. Sie sollen sich auch von den auf diesem Gebiet versuchten individuellen Initiativen inspirieren lassen.»

Erklärtes Endziel der Bemühungen der Schweizerischen UNESCO-Kommission und der Zeitungsverleger ist es, die Zeitung als Lehrmittel in den Schulen der ganzen Schweiz einzuführen. Nächstes Jahr soll eigens ein Lehrerseminar stattfinden, um Pädagogen mit den Ergebnissen der ersten Versuche vertraut zu machen. Zeitungen werden bereits in verschiedenen Ländern im Unterricht verwendet, so in den USA, in Dänemark und Italien. (UNESCO).

Aus Aufsätzen mit literarischem Thema:

«Der Inhalt könnte sich gut auf Goethe beziehen, da er ja auch viele Frauen an den Fingern hatte.»

«Ich könnte mir vorstellen, daß Dorothea die Initiative ergreifen und gleichsam die Hosen tragen wird.»